

„Politik Nationaler Verantwortung“?

„Auf die Milliardenpakete zur »Euro-Rettung« folgt nun das Vorspiel zum großen Streichkonzert“, resümiert die FAZ vom 22. Mai. Und das Handelsblatt vom 25. Mai im gleichen Tenor: „Nach der Schuldenkrise kommt der Sparhammer. Die Regierungen der EU kündigen Kürzungen der Staatsbudgets in historischer Dimension an“.

Auf der Klausurtagung der bürgerlichen Koalitionsregierung Merkel am 6./7. Juni sollen die Maßnahmen zur weiteren und verschärften Demontage des Sozialstaats auf der Tagesordnung stehen: Einsparungen in den sozialen Sicherungssystemen, beim Gesundheitswesen und Hartz IV, Bafög...

Nach dem spektakulären Scheitern ihrer Politiker Koch und Köhler noch tiefer in die politische Krise gerutscht, muss sich Merkel um so dringlicher darum bemühen, die politischen Bedingungen zu schaffen, die ihre Regierung befähigen, nun auch der deutschen Bevölkerung ein dramatisches Sparprogramm zu verordnen.

Entscheidend ist, dass es ihr gelingt, im Namen der „nationalen Verantwortung für eine Haushaltspolitik zur Krisenbewältigung“ die SPD und DGB, die Organisationen, die für die ArbeitnehmerInnen sprechen, in irgendeine Form der Verantwortung für die Umsetzung der geplanten „harten Sparpolitik“ einzubinden.

Die SPD-Führung hat zwar mit der Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer ihre formelle Stimmenthaltung zu den Milliarden Rettungspaketen im Bundestag begründet, aber gleichzeitig umso nachdrücklicher ihre prinzipielle Zustimmung bekräftigt, dass den Spekulanten, Banken und Konzernen immer weitere Milliarden zur Verfügung gestellt werden. Folglich konnten die Milliardenpakete den Bundestag und Bundesrat passieren.

„Die Gewerkschaften spielen (...) eine sehr wichtige Rolle“

Merkel, stimmt den DGB Gewerkschaftstag am 16. Mai offen darauf ein, dass Deutschland „über seine Verhältnisse lebt“, dass 50% für Soziales und 25% für Personal im Bundeshaushalt nicht mehr zu leisten sind. „Das ist eine schwierige Aufgabe, vor der wir alle gemeinsam stehen.“ Es ist deutlich: sie erwartet von den Gewerkschaften, dass sie auch weiterhin gemeinsam mit den Arbeitgebern und Regierungsvertretern ihren Platz im „sozialpartnerschaftlichen“ Krisenmanagement einnehmen, das auf ihrem nächsten Krisengipfel am 23. Juni geschmiedet werden soll. Auf diesem Gipfel geht es darum, der Bevölkerung die Rechnung für die gigantische Staatsverschuldung für die Rettung der Bankiers und Kapitalisten und des Euro

zu präsentieren.

DGB-Vorsitzender Sommer stellt seinerseits nicht in Frage, dass es „wohl notwendig war, erneut die Rettungsboote auszusenden um den Euro zu retten“.

Doch die zunehmende Unruhe und der wachsende Widerstand in der gewerkschaftlichen Basis finden in seinen gleichzeitig warnend an Merkel gerichteten Worten ihren Ausdruck: „Sorgen Sie dafür, dass nicht allein die kleinen Leute die Rechnung bezahlen müssen“. „Ich kann nur (...) davor warnen, diesen verhängnisvollen Weg (Kürzungen im Öffentlichen Dienst, bei den Renten und sozialen Leistungen) zu gehen. Denn wenn sich diese Gesellschaft immer weiter spaltet, dann laufen wir Gefahr, mitten in eine Gesellschafts- und Staatskrise hineinzuschliddern“. Und er fordert die „Überprüfung“ der „völlig unsinnigen Schuldenbremse“, dem zentralen Hebel, um die Lasten der Krise auf die Bevölkerung abzuwälzen.

Die Gewerkschaften haben für den Herbst Mobilisierungen in den Betrieben und Demonstrationen gegen das Spardiktat und Sozialabbau angekündigt.

Wie kann man auf der einen Seite den Milliarden-Spenden für die Akteure der Finanzmärkte zustimmen und dann auf der anderen Seite die Bevölkerung zu Protesten auffordern, wenn dieser die Rechnung dafür präsentiert wird?

Warum Beteiligung an einem Krisengipfel, der die Zustimmung zu dem Milliarden-Rettungspaket bekräftigen und die Gewerkschaften für in die Verantwortung ziehen soll, die Bevölkerung „wenn möglich sozialverträglich“ dafür zahlen zu lassen?

Kann es eine wirkliche Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung gegen das Spardiktat geben, ohne die Forderung, dass die staatlichen Milliardensummen in den öffentlichen Haushalt zurückkommen?

Die wirkliche Mobilisierung mit allen Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes kann die Kraft entfalten, um die SPD für den Bruch mit ihrer Unterordnung unter die „Politik der nationalen Verantwortung“ zu bewegen. Und das kann den Weg freimachen für die vereinte Mobilisierung der ArbeiterInnen und ihrer Organisationen gegen die Krisenschläge der Regierung Merkel, diktiert von EU und IWF.

Am Scheideweg

Für die Regierung Merkel steht alles auf dem Spiel: in NRW darf keine Regierung entstehen, die ihre Politik der nationalen Verantwortung gegenüber der Krise in Frage stellt. Die z.B. auch im Bundesrat ihre Politik blockiert.

In den Landtagswahlen in NRW am 9.

Mai hat die Wählermehrheit mit ihrem Nein zur Politik der schwarz-gelben Koalition in NRW wie in Berlin die Möglichkeit für eine Regierung unter SPD-Führung eröffnet. Sie hat gleichzeitig Hannelore Kraft, die als Spitzenkandidatin der SPD die Verpflichtung der SPD auf Rettungsmaßnahmen für die Arbeitsplätze und arbeitende Bevölkerung gegen die Krise verweigert und bekämpft hat, mit der schlimmsten Wahlniederlage eine scharfe Absage erteilt.

Denn die arbeitende Bevölkerung und Jugend braucht dringend eine Regierung, die Sofortmaßnahmen ergreift für die Rettung der Arbeitsplätze bei Opel Bochum, aller industriellen Arbeitsplätze, und für den Schutz gegen das drohende „Sparhammer“-Programm.

Und Hannelore Kraft, Beauftragte der SPD für die Gespräche zur Regierungsbildung, verweigert, koste es was es wolle, weiterhin den Bruch mit ihrer bisherigen Position der grundsätzlichen Unterstützung der schwarz-gelben Koalition in NRW und Berlin. Auch mit dem Mittel, die SPD an eine Große Koalition mit der CDU und/oder an eine Ampelkoalition mit der FDP zu ketten.

Sie alle: GM, EU, Regierung Merkel und Rüttgers und auch die SPD-Führung national und in NRW, setzen die IG-Metall unter Druck, den Plan zum Abbau 1000er Opel-Arbeitsplätze und des Tariflohns zuzustimmen (!).

Eine Initiative von Opel-Kollegen, GewerkschafterInnen und Sozialdemokraten kämpft für eine politische Lösung für die Verteidigung aller Opel-Arbeitsplätze:

„Aber es ist noch nicht zu spät.“

Gibt es nicht die Möglichkeit, dass unsere Gewerkschaft, die IG Metall, mit voller Unterstützung des DGB mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln die Opel-Kollegen vereint mit allen vom Arbeitsplatzverlust bedrohten Arbeitnehmer an Rhein und Ruhr mobilisiert? Um damit die Kraft zu schaffen, die in der Lage sein kann, die SPD in die Verantwortung für eine Regierungsbildung und -entscheidung zur Rettung der Arbeitsplätze und des Tariflohns der Opel Kollegen zu nehmen? Für eine sofortige Gesetzesinitiative, alle Arbeitsplätze und Opel-Werke unter staatlichen Schutz zu stellen!

Als erster Schritt und Stützpunkt für die weiteren notwendigen Sofortmaßnahmen gegen die anrollende Sparwelle, die die Bevölkerung die Kosten der Krise, Spekulation und Staatsverschuldung zahlen lassen will.“

Carla Boulboulé